

BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF

# Jahresbericht 1999

Kurzfassung \*)



---

\*) ohne Abschnitt I

## II. PRÜFUNGSERGEBNISSE

### Staatsministerium des Innern

#### 16 Verletzung von Dienstpflichten

Ein Polizeibeamter war von 1975 bis zu seiner Pensionierung im Oktober 1998 zunächst Mitglied und seit 1982 auch Ehrenbeamter einer kommunalen Vertretung. Er ist weit über den ihm hierfür erteilten Sonderurlaub hinaus dem Dienst ferngeblieben, ohne daß Konsequenzen gezogen wurden.

#### 17 Einsatz eines Materialwirtschaftsverfahrens beim Polizeiverwaltungsamt

Obwohl die materialbewirtschaftenden Aufgaben des Polizeiverwaltungsamts ordnungsgemäß und wirtschaftlich nur mit Hilfe eines IT-Materialwirtschaftsverfahrens bewältigt werden können, steht dem Polizeiverwaltungsamt selbst zehn Jahre nach der Einrichtung einer Projektgruppe und bisherigen Kosten von über 4 Mio DM noch immer kein funktionierendes Materialwirtschaftsverfahren zur Verfügung. Wegen der fehlenden Automationsunterstützung konnten nicht einmal die hausrechtsrechtlich vorgeschriebene Bestandsprüfungen durchgeführt werden. Nunmehr sollen dem Polizeiverwaltungsamt die materialbewirtschaftenden Aufgaben vollständig entzogen werden.

#### 18 Organisation des Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahrens

Im Rahmen einer Umstrukturierung und Verlagerung des Polizeiverwaltungsamts sollen diesem weitere Aufgaben im Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren übertragen werden. Eine ablauforganisatorische und informationstechnische Zusammenführung des Vorverfahrens mit dem Anzeigenverfahren ist jedoch nicht geplant, obwohl dadurch eine wesentliche Schwachstelle des bisherigen Verfahrens beseitigt und Personal eingespart werden könnte.

## **19 Private Vorfinanzierung staatlicher Hochbaumaßnahmen**

Die in die private Vorfinanzierung staatlicher Hochbauten gesetzten Erwartungen, schneller und wirtschaftlicher zu bauen, haben sich bei den Pilotvorhaben nicht erfüllt. Die private Vorfinanzierung ist auch kein Ausweg aus der angespannten Haushaltslage.

## **20 Experimenteller Wohnungsbau in Holzsystembauweise**

Beim experimentellen Wohnungsbau in Holzsystembauweise sind die Kosteneinsparungen begrenzt und haben bisher nicht zur Reduzierung von Fördermitteln geführt.

## **21 Kosten der Planung und Bauüberwachung im Straßenbau**

Mit einer dreijährigen Erhebung an sieben Straßenbauämtern und den beiden Autobahndirektionen hat der ORH untersucht, ob es wirtschaftlicher und sparsamer ist, Planung und Bauüberwachung durch eigenes Personal oder durch Ingenieurbüros auszuführen.

Aus den über 3 000 ausgewerteten Teilleistungen folgert der ORH, daß in der Entwurfsplanung eine weitere Erhöhung des Vergabeanteils unwirtschaftlich wäre. In der Bauüberwachung sollten mehr Erfahrungen zur Wirtschaftlichkeit einer verstärkten Vergabe gesammelt werden.

Die Leistungsfähigkeit der Straßenbaubehörden sollte durch die generelle Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, ein darauf abgestimmtes Controlling-system sowie einen detaillierten Behördenvergleich (Benchmarking) noch gesteigert werden.

## **22 Bauhof für den Winterdienst**

Der geplante Neubau des Bauhofs für den Winterdienst in Inzell mit veranschlagten Kosten von 13,7 Mio DM wird als Folge einer Prüfung des ORH nicht ausgeführt. Statt dessen werden die künftig noch verbleibenden Aufgaben in die Straßenmeisterei Traunstein eingegliedert. Außerdem wird schrittweise Personal abgebaut.

## **Staatsministerium der Justiz**

### **23 Mitteilungspflicht gegenüber den Steuerbehörden**

Nach einer Rechtsverordnung des Bundes sind Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten verpflichtet, Finanzämtern Zahlungen an private Dritte mitzuteilen, um deren vollständige Besteuerung sicherzustellen. Obwohl an Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit jährlich über 12 Mio DM allein bar ausgereicht werden, sehen die Gerichtsverwaltungen bei diesen Zahlungen von derartigen Mitteilungen ab. Nach Auffassung des ORH besteht für eine solche Ausnahme keine Rechtfertigung.

## **Staatsministerium**

### **für**

## **Wissenschaft, Forschung und Kunst**

### **24 Rücklagen der Studentenwerke**

Die Studentenwerke haben bis Ende 1997 flüssige Mittel von 170 Mio DM angesammelt. Soweit sie diese Gelder in absehbarer Zeit nicht benötigen, sollten die Rücklagen abgebaut werden. Die Zuwendungen des Staates könnten zeitweilig zu einem beträchtlichen Teil vermindert werden.

### **25 Zusammenführung der vorklinischen Einrichtungen der Münchener Universitäten**

Die bisherige vorklinische Ausbildung an der Technischen Universität München mit jährlich 50 Studienanfängern ist unwirtschaftlich. Sie kann an die Ludwig-Maximilians-Universität München verlagert werden, ohne daß dort zusätzliche Kosten anfallen. Ein Konzept zur Zusammenführung der Vorkliniken beider Münchner Universitäten, das zu Einsparungen und Leistungsverbesserungen führen muß, ist seit Jahren überfällig.

**26           Automation von Verwaltungsaufgaben bei den Fachhochschulen**

Seit über zehn Jahren wurde versucht, bei den Fachhochschulen, die insbesondere zur Unterstützung der arbeitsintensiven Bereiche Studenten- und Prüfungsverwaltung auf IT-Unterstützung angewiesen sind, einheitliche IT-Verfahren einzuführen. Dieses Ziel wurde trotz eines Aufwands in Millionenhöhe bisher nicht erreicht. Beim Projektmanagement hat der ORH gravierende Mängel festgestellt.

**27           Bayerische Theaterakademie**

Bei der Theaterakademie hat der ORH erhebliche Mängel im Haushaltsvollzug festgestellt. Ferner sind in den letzten Jahren die Kosten für den Betrieb des Prinzregententheaters drastisch gestiegen. Nach einer Erprobungsphase seit 1993 ist es notwendig, ein endgültiges Konzept für die Theaterakademie zu finden, das den Gedanken einer sparsamen und wirtschaftlichen Lösung stärker berücksichtigt.

**28           Staatliche Beratungsstellen für öffentliche Büchereien**

Der Freistaat Bayern übernahm durch die Staatlichen Beratungsstellen im Bibliotheksbereich eine Vielzahl von Aufgaben, für die ausschließlich die Kommunen zuständig sind. Da sich die Aufgaben der Staatlichen Beratungsstellen verringert haben bzw. weggefallen sind, war es geboten, den Aufgabenzuschnitt neu zu definieren und auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dadurch können entsprechend den Forderungen des ORH Personalausgaben von jährlich 1,5 Mio DM eingespart werden.

**Staatsministerium der Finanzen**

**29           Bewertungsstellen der Finanzämter**

Der ORH hat in den Bewertungsstellen der Finanzämter sehr unterschiedliche Arbeitsbelastungen festgestellt. Eine genaue Ermittlung des Personalbedarfs ist notwendig. In einem ersten Schritt könnten mindestens 60 Arbeitskräfte eingespart werden.

### **30 Verteidigungslastenverwaltung**

Das Amt für Verteidigungslasten in Nürnberg und dessen Außenstelle in Würzburg sollen nach der Prüfung des ORH aufgelöst und unter Einsparung von 20 Stellen in die Finanzverwaltung eingegliedert werden.

### **31 Landesentschädigungs- und Staatsschuldenverwaltung**

Die Aufgaben und Fallzahlen in der Entschädigungs- und Staatsschuldenverwaltung gehen seit vielen Jahren kontinuierlich zurück. 16 nicht besetzte Stellen können eingezogen werden, weitere 14 Stellen sind entbehrlich. Die Behörde sollte aufgelöst und in die Finanzverwaltung eingegliedert werden.

### **32 Erbschaft- und Schenkungsteuer**

Bei den Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen sind gegenüber der Prüfung des ORH 1994 weder beim Arbeitsstand noch bei der Arbeitsorganisation wesentliche Verbesserungen eingetreten, obwohl der Personalstand erhöht worden ist. Die durchschnittlichen Erledigungszahlen sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Die zum 1. Januar 1996 in Kraft getretene Rechtsänderung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer kann diesen Rückgang nicht begründen. Die eingeführte Automationsunterstützung hat bisher nicht zu einer Leistungssteigerung geführt. Der ORH schätzt das nicht rechtzeitig festgesetzte Steueraufkommen auf mindestens 500 Mio DM.

Die vom ORH bereits 1994 geforderte Neuorganisation mit dem vorrangigen Ziel der Aufgabenverlagerung auf Beamte des mittleren Dienstes und einer rationelleren Bearbeitung der Fälle ist noch dringlicher geworden. Nach Abbau der Rückstände ist eine deutliche Personalreduzierung möglich.

### **33 Erstattung von Personalausgaben durch die neuen Länder**

Der Freistaat Bayern entsendet Bedienstete zur Verwaltungshilfe in die neuen Länder. Die Kosten dieser Aufbauhelfer wurden aber nur unvollständig geltend gemacht. Die Prüfung durch ein Staatliches Rechnungsprüfungsamt führt zu Nachforderungen von über 1 Mio DM. Die Verwaltung wurde aufgefordert, alle Abrechnungen seit 1995 nachzuprüfen.

**34 Bayerische Seenschifffahrt GmbH**

Im Interesse der Zukunftssicherung hat der ORH vorgeschlagen, die vom Staat betriebene Seenschifffahrt - vor allem auf dem Tegernsee, Ammersee und Starnberger See - in private Hände zu überführen. Attraktivität und Wirtschaftlichkeit könnten durch neue Geschäftsideen gesteigert werden.

**35 Hohe Fehlerquote bei Straßenunterhaltungszuschüssen**

Trotz wiederholter Beanstandungen durch die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter und der Bemühungen des Staatsministeriums um eine rechtmäßige Verteilung erhalten viele Gemeinden nach wie vor pauschale Straßenunterhaltungszuschüsse für Gemeindestraßen, die sie zu Unrecht in ihr Bestandsverzeichnis eingetragen haben. Da sich das bisherige Verteilungssystem nicht bewährt hat, sollten die Straßenunterhaltungszuschüsse in die Schlüsselzuweisungen einbezogen werden.

**36 Förderung nichtstaatlicher Hochbauvorhaben**

Die stichprobenartige Prüfung nichtstaatlicher Hochbauvorhaben hat ergeben, daß bei vier Maßnahmen staatliche Fördermittel von 3 Mio DM zurückzufordern waren.

**Staatsministerium  
für**

**Wirtschaft, Verkehr und Technologie**

**37 Mangelhafte Erfolgskontrolle und Förderung tatsächlich nicht entstandener Aufwendungen**

Die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung hat im Auftrag des Staatsministeriums eine neu gegründete GmbH mit 1,5 Mio DM gefördert und dabei nicht berücksichtigt, daß die angeblich neu geschaffenen 18 Arbeitsplätze nur von der seit Jahren bestehenden Einzelfirma übernommen und dort im Zuge der Fördermaßnahme außerdem weitere 20 Arbeitsplätze abgebaut worden sind. Trotz auffälliger Abweichungen im Förderverfahren hat sie auf die nähere Prüfung der geltend gemachten überhöhten Kosten verzichtet.

### **38 Ausgleichszahlungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz**

Zum Ausgleich für die verbilligte Beförderung von Auszubildenden zahlt der Staat den Verkehrsunternehmen jährlich über 200 Mio DM. Bei den geprüften Unternehmen überstiegen die Ausgleichszahlungen die Einnahmeausfälle zum Teil erheblich. Der ORH hält eine Korrektur des bundesrechtlich festgelegten Berechnungsverfahrens für erforderlich.

## **Staatsministerium**

### **für**

## **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

### **39 Förderung nachwachsender Rohstoffe**

Von den für das Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe in Bayern“ seit 1990 ausgereichten staatlichen Zuschüssen von über 250 Mio DM hat der vom ORH geprüfte Einsatz von fast 37 Mio DM überwiegend sein Ziel verfehlt. Weder wurde in den in der Oberpfalz geprüften Biomasseheiz(kraft)werken der angestrebte Anteil an landwirtschaftlichen Energiepflanzen verfeuert noch konnten mit den geförderten Modellvorhaben zur stofflichen Verwertung wesentliche Einsatzmöglichkeiten und Absatzmärkte für agrarisch erzeugte Produkte im Non-food-Bereich geschaffen werden.

Den Förderprojekten müssen von Beginn an realistische Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zugrunde gelegt werden. Vor allem ist eine ausreichende Erfolgskontrolle geboten.

### **40 Staatliche Versuchsgüter**

Der Staat bewirtschaftet überwiegend für Versuchs- und Forschungszwecke 31 landwirtschaftliche Haupt- und Nebenbetriebe mit 5 750 ha Fläche und über 22 000 Tieren. Der Zuschußbedarf 1998 betrug 28,1 Mio DM. Dieser ließe sich durch eine Konzentration auf weniger Standorte und eine enge Kooperation zwischen Landwirtschafts- und Wissenschaftsverwaltung erheblich verringern. Durch die Veräußerung nicht mehr benötigter Versuchsflächen könnten darüber hinaus dem Staat Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe zugeführt werden.

#### **41 Abschlußplanung für Schalenwild**

Noch immer weisen fast zwei Drittel aller Niederwild-Hegegemeinschaften eine nichttragbare Verbißbelastung auf, weil die Abschlußempfehlungen teilweise hinter der Verbißbelastung zurückbleiben und vor allem nicht in entsprechende Abschlußvorgaben umgesetzt werden. Zudem werden die Abschlußpläne mangelhaft erfüllt. Die Abschüsse müßten drastisch erhöht werden.

Das Verfahren zum Aufstellen der Abschlußpläne für Schalenwild ist arbeitsaufwendig; es kostet jährlich mindestens 2 Mio DM. Die Planerfüllung kann nicht mit vertretbarem Aufwand überwacht werden.

Wenn die Verwaltung mit den Abschlußplänen keine tragbare Verbißsituation sicherstellen kann, muß über andere gesetzliche Lösungen nachgedacht werden.

## **Staatsministerium**

**für**

## **Landesentwicklung und Umweltfragen**

#### **42 Förderung des Ankaufs ökologisch wertvoller Grundstücke**

Der Staat und die Stiftung Bayerischer Naturschutzfonds fördern mit jährlich durchschnittlich 4 Mio DM den Ankauf ökologisch wertvoller Grundstücke. Wenn die notwendigen biotopverbessernden Maßnahmen auf den Ankaufsflächen zeitnah und konsequent durchgeführt worden wären, wären die Fördermittel bei einem Drittel der vom ORH geprüften 163 Fälle wesentlich effizienter eingesetzt worden. Angesichts des künftig anwachsenden Fördervolumens ist eine wirksame Erfolgskontrolle dringlich.